

Bauernbund Brandenburg: Geschäftsbericht 2010

Liebe Berufskollegen,

hier wieder ein kurzer Überblick über die Themen, die der Bauernbund Brandenburg im vergangenen Jahr bearbeitet hat.

EU-AGRARPOLITIK 2014 – 2020

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für unsere Betriebe hängen maßgeblich von der EU-Agrarpolitik ab. Wir haben uns deshalb sehr frühzeitig mit den Agrarsubventionen und ihrer Fortentwicklung befasst und konnten so zügig und schlüssig auf die von der EU-Kommission vorgebrachten Vorschläge reagieren. Zu dem Ciolos-Papier vom 18. November 2010 haben wir wie folgt Stellung genommen:

1.) Produktion absichern

Wir begrüßen die flächengebundene Basis-Direktzahlung als Grundsicherung für alle Landwirte. Als Ausgleich für die hohen sozialen und ökologischen Standards in der Europäischen Union und die daraus resultierenden Wettbewerbsnachteile europäischer Landwirte auf dem Weltmarkt für Agrarrohstoffe sichert diese die Produktion zunächst einmal grundsätzlich ab.

Wir möchten ein möglichst einfaches System. Die flächengebundene Basis-Direktzahlung hat, indem jede Fläche unabhängig von ihrem Ertragswert gleich behandelt wird, bereits eine ausgleichende Funktion zwischen Gunststandorten und durch die Natur benachteiligten Gebieten. Ebenso stellt sie eine Risikoabsicherung gegen Marktschwankungen und Witterungsextreme dar. Wenn sie finanziell ausreichend ausgestattet wird, würden damit entsprechende Überlegungen in dem Kommissionspapier überflüssig.

Die Fläche ist ein einfacher, nachvollziehbarer Maßstab für die Basis-Direktzahlung. Als zu kompliziert und darüber hinaus nicht marktgerecht beurteilen wir das System übertragbarer Ansprüche. Die bisherige Praxis mit handelbaren Zahlungsansprüchen, basierend auf der Produktionsstruktur von 2005, benachteiligt Neugründungen und wachsende Betriebe. Ihre Fortsetzung oder die Neudefinition von Besitzrechten auf der Basis von 2013 würde den Strukturwandel hin zu leistungsfähigen Einheiten weiter behindern.

2.) Aktive Landwirte fördern

Angesichts der rasant zunehmenden Entwicklung, dass Investoren mit außerlandwirtschaftlichem Kapital Flächen oder Betriebe kaufen und Wertschöpfung aus dem ländlichen Raum herausaugen, ist es absolut richtig und notwendig, die Basis-Direktzahlung auf aktive Landwirte zu beschränken und Obergrenzen einzuziehen. Beide Instrumente schaffen den agrarpolitischen Rahmen dafür, dass sich eine bäuerliche Landwirtschaft, verwurzelt in europäischen Traditionen, nachhaltig und zukunftsfähig entfalten kann.

Die Beschränkung der Basis-Direktzahlung auf aktive Landwirte sollte dahingehend präzisiert werden, dass ausschließlich Betriebe beihilfeberechtigt sind, die sich zu 100 Prozent im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden, also von natürlichen Personen, die den Beruf des Landwirts ausüben, ihren Hauptwohnsitz in maximal zehn Kilometer Umkreis zum Betriebssitz haben und nicht an weiteren beihilfeberechtigten Betrieben beteiligt sind.

Die Obergrenze sollte, bezogen auf die Fläche, sinnvoll so festgelegt werden, dass möglichst wenige von aktiven Landwirten bewirtschaftete Betriebe davon betroffen sind und diesen die Möglichkeit gegeben wird, sich durch Umstrukturierung anzupassen. Nicht zielführend ist hingegen die erwogene Aufweichung der Obergrenze durch die Berücksichtigung von Arbeitskräften. Hier stellt sich u. a. die Frage, in welcher Form unter Tariflohn bezahlte Arbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, Saisonkräfte und mithelfende Familienangehörige angerechnet und wie landwirtschaftliche und landwirtschaftsfremde Arbeitskräfte dessel-

ben Betriebes schlüssig auseinandergehalten werden sollen. Eine solche Regelung würde zu einer weiteren Ausdehnung der Bürokratie führen und Subventionsbetrug dennoch nicht verhindern können.

3.) Cross Compliance reformieren

In dem Kommissionspapier wird leider nicht das entscheidende Akzeptanzproblem von Cross Compliance angesprochen, nämlich die mit der Umkehrung der Beweislast verbundenen Dokumentationspflichten, die bereits zu einer gewaltigen Ausdehnung der Bürokratie geführt haben, die weder für den Landwirt noch für die Kontrollinstanz beherrschbar ist. Wir fordern eine grundsätzliche Reform von Cross Compliance dahingehend, dass nicht der Landwirt eine ordnungsgemäße Betriebsführung belegen, sondern umgekehrt die Kontrollinstanz Verstöße gegen geltendes Recht feststellen und anzeigen muss, die dann in der Höhe des verhängten Bußgeldes auch für die Basis-Direktzahlung relevant werden.

Ein solchermaßen reformiertes Cross Compliance muss natürlich offen sein für Änderungen und Ergänzungen des geltenden Rechts, wie sie etwa durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie anstehen. Fachlich begründete Kritik an der Wasserrahmenrichtlinie sollte, unabhängig von Cross Compliance, im Zuge des Umsetzungsverfahrens geäußert werden.

4.) Ökologische Leistungen honorieren

Für künftige Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume werden in dem Kommissionspapier als Leitthemen Umwelt, Klimawandel und Innovation genannt. Aus unserer Sicht haben bislang vor allem Agrarumweltprogramme auf freiwilliger Basis positive Auswirkungen für Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den ländlichen Räumen gebracht. Klimawandel und Innovation finden auch ohne staatliche Regulierung statt. Projektbezogene einzelbetriebliche Förderung in diesem Kontext führt zu Wettbewerbsverzerrungen, hat Mitnahmeeffekte oder gar Fehlinvestitionen zur Folge. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

Die Konzentration der Mittel für ländliche Entwicklung auf wenige, hoch wirksame Agrarumweltprogramme könnte die im Zusammenhang mit der Basis-Direktzahlung erwogene obligatorische Ökologisierungskomponente ersetzen. Hierfür schlagen wir einen Grün-Bonus vor, der europaweit als flächengebundene Förderung für Ökologischen Landbau, Dauergrünland, Ackergras und Leguminosen gezahlt wird, ergänzt um regionalspezifische Anreize zur Pflege von typischen Landschaftselementen, Anlage von Blühstreifen o. ä. Der Verbund aus Basis-Direktzahlung (als Ausgleich für hohe soziale und ökologische Standards in der Europäischen Union) und Grün-Bonus (als Bezahlung für zusätzliche ökologische Leistungen) wäre ein einfaches, klares und faires System zur Unterstützung der europäischen Landwirtschaft, das nicht zuletzt dem Steuerzahler einleuchtend zu vermitteln ist.

Soweit unsere Stellungnahme zum Ciolos-Papier, die wir an alle mit uns in Kontakt stehenden Politiker geschickt haben sowie an ausgewählte Journalisten. Ich möchte hinzufügen, dass dieses Papier mit der Beschränkung auf aktive Landwirte und der Einziehung von Obergrenzen in wesentlichen Punkten in die richtige Richtung weist, auch wenn es noch einige Kröten enthält, die wir nicht schlucken wollen. Da wir nur selten die Gelegenheit haben, so wie heute einem führenden EU-Agrarpolitiker unsere Meinung dazu zu sagen, konzentrieren wir unsere Aktivitäten natürlich auf das, was in Brandenburg möglich ist.

Besonders erfreulich ist, dass die CDU Brandenburg sich erstmals sehr deutlich hinter unsere Forderungen nach Beschränkung auf aktive Landwirte und Einziehung von Obergrenzen gestellt hat. Ein entsprechendes Positionspapier wurde gemeinsam vorgestellt. Unser Mitglied Hans-Georg von der Marwitz, der jetzt gerade zusammen mit Karsten und Kurt Herrn Häusler auf einige bäuerliche Familienbetriebe in der Umgebung begleitet, wird diese Positionen in die CDU-Bundestagsfraktion und damit in die Bundesregierung tragen.

Zugute kommt uns die öffentliche Diskussion über den Ausverkauf der Landwirtschaft an außerlandwirtschaftliche Investoren, die mit dem Spiegel-Artikel „Bauernland in Bonzenhand“ neue Nahrung erhalten hat. Hintergrundmusik für die Debatte über die Agrarsubventionen sind auch historische Anlässe, die uns die Chance geben, auf die Benachteiligung der bäuerlichen Familienbetriebe in Ostdeutschland hinzuweisen.

- Ich erinnere an die von einem bundesweiten Medienecho begleitete Aufstellung eines Denkmals für die Opfer der Zwangskollektivierung in Kyritz – zum 50. Jahrestag der Ulbricht-Rede am 25. April – und die wochenlangen landespolitische Auseinandersetzungen danach. Die Veranstaltung lag in den Händen des Deutschen Bauernbundes, wurde aber maßgeblich von uns vorbereitet und durchgeführt.
- Eine entsprechende Wirkung erwarten wir uns auch von der durch die Bündnisgrünen initiierten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Nachwendzeit in Brandenburg, wo wir mit unserer Zuarbeit sowie bei den Anhörungen im Landtag die Themen Vermögensauseinandersetzung, Altschuldenregelung und BVVG-Flächenvergabe ansprechen werden.

Wie gesagt, Begleitmusik. Wir sind kein Geschichtsverein, aber wir setzen und nachdrücklich dafür ein, aus den Fehlern der Geschichte zu lernen und aus einer wachen Beobachtung der Gegenwart die richtigen Schlüsse zu ziehen: Dass nämlich der bäuerliche Berufsstand das Fundament nicht nur für den ländlichen Raum, sondern für jede dauerhaft stabile Gesellschaft ist.

WIDERSTAND GEGEN CCS - ENERGIEPOLITIK

Auch in diesem Jahr haben wir unseren Widerstand gegen die CCS-Technologie fortgesetzt, die unmittelbar viele Mitgliedsbetriebe im Oderland bedroht und mittelbar, durch die Ermöglichung neuer Tagebaue, auch Mitgliedsbetriebe in der Lausitz. Während unsere Oderbruchbauern bei den Protestaktionen an vor-

derster Front stehen, haben wir es vor allem durch persönliche Gespräche mit Politikern der befreundeten Parteien versucht. Bei den Bündnisgrünen rennen wir hier offene Türen ein, bei der CDU und der FDP haben wir, denke ich, bereits Nachdenklichkeit erzeugt, wenngleich das natürlich nicht ausreicht. Sollte das CCS-Gesetz kommen – dass ein Entwurf dafür bislang nichtmal das Bundeskabinett passiert hat, hängt auch mal wieder mit unserem unermüdlichen Mitglied Hans-Georg von der Marwitz zusammen – wenn es also soweit ist, dann kommt es in Brandenburg darauf an, die Landesregierung zu isolieren. Hier liegt noch Arbeit vor uns.

Was uns aber auch klar geworden ist, ist dass wir das Thema CCS in einem größeren Zusammenhang betrachten müssen. An der Frage, wie Energie erzeugt wird, hat uns bisher vor allem interessiert, dass Strom und Diesel so wenig wie möglich kosten. Inzwischen gehen unsere landwirtschaftlichen Interessen weiter. Karsten hat das in einem Interview in den Potsdamer Neuesten Nachrichten auf den Punkt gebracht, als er gefragt wurde, welchen Beitrag die Landwirtschaft für eine bessere Energiepolitik leisten könne: „Zuallererst können wir Landwirtschaft die Ernährung der Menschen in Brandenburg und Berlin sicherstellen. Ein satter Mensch friert nicht so schnell. Außerdem können wir mit Biomasse Energie erzeugen. Das wird, angesichts der begrenzten Fläche, sicher nicht der größte Beitrag sein. Aber darüber, dass sich unsere Rohstoffe energetisch verwerten lassen, nehmen wir an diesem Markt teil. Über unseren Zugriff auf den Boden profitieren wir zudem von Wind- und Solarparks. Energiepolitik ist damit immer auch ein Stück weit Agrarpolitik, und deshalb wollen wir die Wende hin zu den erneuerbaren Energien.“

BINNENHOCHWASSER IM ODERBRUCH

Regen haben wir alle genug gehabt im vergangenen Herbst, aber niemand war so über die Maßen betroffen wie unsere Mitglieder im Oderbruch. Das wieder-

um hängt nicht nur mit dem Wetter zusammen, sondern damit, dass die Niederschläge in eine Region gefallen sind, die vor zweihundertundfünfzig Jahren dem Wasser abgerungen wurde und deren Funktionieren maßgeblich von der regelmäßigen Pflege des ausgeklügelten Entwässerungssystems abhängig ist. Genau diese Pflege aber ist in den vergangenen Jahrzehnten unterblieben, ob aus Nachlässigkeit oder in der bösen Absicht, ausgerechnet aus den besten Ackerböden Brandenburgs wieder ein Naturreservat zu machen, das sei dahingestellt. Jedenfalls haben die Starkniederschläge nur zum Vorschein gebracht, was hier seit längerem im Argen liegt. Durch die Verkrautung des Hauptvorfluters Alte Oder und die zunehmenden Biberschäden an den Entwässerungsanlagen kann das Wasser nicht mehr abfließen, mit fatalen Folgen.

Der Bauernbund hat mit seinen Aktionen dafür gesorgt, dass das Thema die nötige Presseaufmerksamkeit erhielt, daraus wiederum ist eine Arbeitsgruppe aus Landkreis, Agrarministerium, Umweltministerium, Bauernverband und uns entstanden, die an Lösungsvorschlägen arbeitet. Manfred Wercham vertritt hier den Bauernbund und hat unmissverständlich unsere Ziele klargemacht: 1. Ausbaggerung der Alten Oder auf ihr ursprüngliches Flussbett innerhalb von drei Jahren. 2. Aufhebung des Jagdverbotes für den Biber. Wir sind für Naturschutz, wir sind für Artenschutz, aber wir haben nicht vergessen, warum der Biber einmal ausgerottet wurde, und wenn eine seltene Art, die derartige Schäden verursacht, sich in ihrem Bestand erstmal erholt hat, muss man sie auch wieder in ihre Grenzen weisen dürfen, alles andere ist verantwortungslos.

Nun bleibt abzuwarten, wie es in der Arbeitsgruppe weitergeht. Offensichtlich blockiert vor allem das Umweltministerium. In den Papieren, die kursieren, ist von optimiertem Wassermanagement durch Datenvernetzung die Rede. Immer, wenn ich solche Formulierungen höre, kriege ich Ausschlag. Unsere schöne deutsche Sprache kennt so viele klare eindeutige Worte. Wir werden sehen, wie es weitergeht, und entsprechend reagieren.

10. JAHRESTAG BSE-HYSTERIE

Einen Termin konnten und wollten wir nicht vorbeigehen lassen: Den zehnten Jahrestag der BSE-Hysterie am 24. November 2010. Wir haben dies zum Anlass genommen, unsere Argumente und Forderungen zu wiederholen: Die Praxis der BSE-Bekämpfung hat erwiesen, dass die äußerst seltene Rinderkrankheit BSE nicht auf dem Nahrungsweg übertragbar ist. Eine Gefahr für den Menschen hat nie bestanden. Für staatliche Zwangsmaßnahmen wie die BSE-Tests, die Tötung von betroffenen Beständen, das Verfütterungsverbot von Tiermehl an Schweine und Geflügel sowie die Meldepflicht in der bundesweiten Rinderdatenbank HIT gibt es daher keine Rechtfertigung mehr, sie gehören abgeschafft.

Unsere Politik in dieser Sache hat zwei Komponenten. Die Erholung des Rindfleischkonsums ist eine langfristige Sache im Sinne unserer Tierhalter. Wichtig ist aber auch ein Netzwerk an Politikern und Journalisten, die sich – durch uns – zum ersten Mal ernsthaft inhaltlich mit dem Thema auseinandergesetzt haben und dadurch begründete Zweifel an der offiziellen Version haben. Dies ist eine vorbeugende Maßnahme. Deshalb haben wir uns sehr gefreut, dass sich Dieter Dombrowski (CDU), Gregor Beyer (FDP) und Axel Vogel (Grüne) bei einem Rindfleischessen mit uns vor laufenden Kameras für eine Überprüfung der Zwangsmaßnahmen ausgesprochen haben. Wir haben drei Hysterien erlebt – sollte eine vierte kommen, sind wir vorbereitet.

VERBANDESENTWICKLUNG ALLGEMEIN

Zu den erfreulichen Dingen gehört, dass wir ständig mehr werden. Noch vor der Jahreswende haben wir die 300-Mitglieder-Grenze überschritten. Dass jetzt auch die Nebenerwerbslandwirte zu uns kommen, begrüße ich sehr. Wir haben nie einen Unterschied zwischen Neben- und Haupterwerb gemacht. Egal wie groß, er sich als freier Bauer fühlt, gehört zu uns. Erinnern möchte ich auch daran,

dass im vergangenen Jahr der Landesverband brandenburgischer Imker bei uns assoziiertes Mitglied geworden ist. All das bestärkt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Der Bauernbund ist die Stimme der freien Bauern in Brandenburg, und Sie können sich darauf verlassen, dass sie auch im kommenden Jahr laut und deutlich zu hören sein wird.

Reinhard Jung